

mit Schwerpunkt **Energiemarkt**

Steuervergünstigungen im Umfang von 4,8 Milliarden Euro streichen

Fünf der zwanzig großen Steuervergünstigungen in Deutschland sollten abgeschafft werden, darunter etwa die Steuerbefreiung der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit und die Arbeitnehmersparzulage. Das empfiehlt eine Studie, die im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen vom Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo Köln), dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und dem dänischen Beratungsunternehmen Copenhagen Economics erstellt wurde.

Insgesamt standen Steuervergünstigungen im Wert von 18,1 Milliarden Euro auf dem Prüfstand. Einer Ampel nachempfunden erhielten Vergünstigungen, die zur Abschaffung empfohlen wurden, rotes Licht. Mit gelb markierten die Wissenschaftler Steuerver-

bei der Bewertung Fragen der Rechtfertigung und der Fairness der steuerlichen Privilegierung bestimmter Gruppen und Tätigkeiten im Vordergrund. Im Sinne der 2006 angenommenen subventionspolitischen Leitlinien des Bundes wurde auch geprüft, ob die untersuchten Steu-



Auf der Streichliste der Wissenschaftler steht unter anderem die Mineralölsteuerbefreiung für Flugbenzin.

günstigungen, die zwar grundsätzlich gerechtfertigt sind, die jedoch einer Nachbesserung bedürfen. Grünes Licht erhielten schließlich einzig Subventionen, die ohne Veränderungsbedarf bestehen bleiben können.

Neben der ökonomischen Wirksamkeit und den Mitnahmeeffekten standen

ervergünstigungen in leichter zu kontrollierende und oftmals auch fiskalisch günstigere direkte Finanzhilfen umgewandelt werden sollten.

Rotes Licht erhielten Steuervergünstigungen im Wert von insgesamt 4,8 Milliarden Euro. Nach Einschätzung der Evaluatoren sollten insbesondere die

Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit nicht länger steuerfrei bleiben. Würde diese Steuerbefreiung abgeschafft, ergäben sich höhere Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen, eine stärkere Steuertransparenz sowie eine gleichmäßigere Einkommensverteilung, heißt es in der Begründung.

Erhebliche Mitnahmeeffekte

Ferner halten die Autoren der Untersuchung den ermäßigten Steuersatz für kulturelle und unterhaltende Leistungen, also etwa für Theater-, Oper- oder Konzertbesuche, nicht für gerechtfertigt. Er sei mit erheblichen Mitnahmeeffekten ohnehin kulturell interessierter Haushalte mit überdurchschnittlichem Einkommen verbunden.

Die Mineralölsteuerbefreiung für Kerosin sollte nach Dafürhalten der Wissenschaftler ebenfalls gestrichen wer-

IN DIESER AUSGABE

Steuervergünstigungen im Umfang von 4,8 Milliarden Euro streichen	1
Experten erwarten mageres Börsenjahr	2
Effekte von Sanktionen bei ALG II	3
Ältere umgingen Verkürzung der Arbeitslosengeld-Bezugsdauer	4
Geplantes Betreuungsgeld für Mütter führt zu hohen Mitnahmeeffekten	5
Nachgefragt: Sind die deutschen Autobauer für die Zukunft gerüstet?	6
Leben mit dem Klimawandel	7
Wettbewerb auf den liberalisierten Endkundenmärkten für Strom und Gas	9
Workshop zum Zusammenspiel von sozialer Software und Wissensbildung	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

den. Sie begünstige einen Verkehrsträger, der in großem Ausmaß Klimagase produziert und dessen Wettbewerber auf Schiene und Straße der Energiebesteuerung unterliegen.

Rotes Licht bekommt ferner die Arbeitnehmersparzulage bei Anlage vermögenswirksamer Leistungen. Wo es an Sparfähigkeit mangle, so die Begründung, könnten reine Sparanreize nicht weiterhelfen. Da die Menschen in Deutschland ohnehin auf stabilem Niveau sparten, rufe auch die Arbeitnehmersparzulage vor allem Mitnahmeeffekte hervor.

Außerdem sprechen sich die Wissenschaftler gegen die Begünstigung

des Finanzmarktinstruments der REIT-AG bei der Auflösung stiller Reserven aus. Die REIT-AGs seien ein attraktives Finanzinstrument, welches dieser Begünstigung nicht bedarf.

Einsparpotenzial von über zehn Milliarden Euro

Die zehn Steuervergünstigungen, die grundlegend gestrafft und überarbeitet werden sollten, stehen für Einnahmeverluste von 10,5 Milliarden Euro im Jahr. Gelbes Licht erhalten demnach Steuerzuschüsse für Handwerksleistungen und für haushaltsnahe Dienstleistungen sowie Subventionen der Ener-

giesteuern in der Industrie und der Land- und Forstwirtschaft.

Dagegen befürwortet die Evaluierung Steuervergünstigungen im Volumen von knapp 2,8 Milliarden Euro. Auf grün steht die Ampel etwa für den Sparerfreibetrag für Einkünfte aus Kapitalvermögen. Ebenso bejahen die Wissenschaftler die Förderung der Riesen-Rente durch Zulagen sowie die Investitionszulage für betriebliche Ausstattungsinvestitionen.

Die Studie mit detaillierten Informationen finden Sie zum Download im Internet unter: www.zew.de/steuer2009

Dr. Friedrich Heinemann,
heinemann@zew.de

Experten erwarten mageres Börsenjahr

Magere Aussichten für die Börsianer in Deutschland und den USA. Für den Deutschen Aktienindex (Dax) ist im Jahr 2010 im Durchschnitt mit einem Jahresendstand von knapp 6.150 Punkten zu rechnen. Bei einem Stand von knapp unter 6.000 Punkten Ende Dezember 2009 ist das eher eine Seitwärtsbewegung als ein Anstieg. Und auch die geringe Zunahme des US-amerikanischen Dow Jones-Index bis zum Jahresende 2010 ist mit erwarteten 10.650 Punkten kaum der Rede wert. Dies ist das Ergebnis einer ZEW-Umfrage unter 244 Finanzmarktexperten.

Beim Euro/US-Dollar Wechselkurs gehen die vom ZEW befragten Finanzmarktexperten von mehr oder weniger gleichbleibenden Verhältnissen aus. Sie erwarten, dass Ende 2010 ein Euro 1,47 US-Dollar wert sein wird. Nachdem der Goldpreis in den vergangenen Mo-

naten historische Höchststände erklimmen hat, prognostizieren die befragten Finanzmarktexperten mit einem durchschnittlichen Endstand von 1.138 US-Dollar pro Feinunze für das Jahr 2010 bei Gold keine großen Veränderungen.

Zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Zentralbanken weltweit die Märkte mit anhaltend hoher Liquidität versorgt. Dies birgt gewisse Inflationsrisiken. Sollten diese akut werden, so betrachten 55 Prozent der Umfrageteilnehmer noch immer Gold als einen sicheren Hafen, um der monetären Wertminderung zu entgehen. Inflationsindexierte Anleihen stellen dagegen nur für rund ein Drittel der Befragten eine Alternative zum Gold dar. Dass rund 60 Prozent der befragten Finanzmarktexperten in siebenjährigen Bundesanleihen mit Inflationschutz eine lohnende Anlageform für die kommenden Jahre sehen, ist ein Fingerzeig dafür, dass durchaus wieder mit höheren Inflationsraten gerechnet wird.

Ebenfalls befragt wurden die Experten zu möglichen Risiken eines verfrühten oder verspäteten Ausstiegs der Zentralbanken aus ihrer besonders expansiven Geldpolitik der vergangenen zwei Jahre. 60 Prozent halten die eventuelle Ausbildung einer Vermögenspreisblase infolge eines zu späten Ausstiegs der Zentralbanken für gefährlicher als die konjunkturellen Risiken aufgrund eines zu frühen Ausstiegs (40 Prozent).

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



Verhaltene Prognosen für DAX und Dow Jones.

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Effekte von Sanktionen bei ALG II

Die sogenannte Hartz IV Reform des Jahres 2005 verpflichtet erstmals alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die Leistungen der gesetzlichen Grundsicherung (Arbeitslosengeld II) beziehen, zur aktiven Suche eines neuen Arbeitsplatzes. Kommt ein Arbeitsloser dieser Pflicht nicht nach, kann das betreuende Jobcenter Sanktionen in Form von Leistungskürzungen verhängen. Eine aktuelle Studie des ZEW untersucht, ob diese Sanktionen den Abgang aus dem Leistungsbezug beschleunigen.

Als aktiv arbeitssuchend gilt, wer beispielsweise Qualifizierungsmaßnahmen durchläuft und sich regelmäßig bei potenziellen Arbeitgebern vorstellt. Kooperieren Leistungsempfänger nicht, haben ihre Betreuer in den Jobcentern die Möglichkeit, Fehlverhalten zu sanktionieren, also das Arbeitslosengeld II (ALG II) für drei Monate zu kürzen. Berichtet etwa ein Arbeitsloser nicht regelmäßig über seine Suchaktivitäten, können Kürzungen von zehn Prozent drohen. In schweren Fällen, etwa bei Ablehnung eines angemessenen Jobangebots, droht eine Reduktion des ALG II um 30 Prozent.

Ob eine Sanktion aber tatsächlich umgesetzt wird, hängt insbesondere von der Sanktionsstrategie des Jobcenters und vom Ermessen des Betreuers ab. Folglich kann trotz Fehlverhaltens die Sanktion ausbleiben.

Steigende Jobchancen

Um die Wirkung von Sanktionen zu überprüfen, stützt sich die ZEW-Studie (Discussion Paper Nr. 09-072) auf Daten von 154 verschiedenen Jobcentern in Deutschland. Diese setzen Sanktionen sehr unterschiedlich ein (siehe Abbildung).

Insgesamt wurden Informationen etwa zu Alter, Qualifikation, früheren Arbeitsstellen und aktuellem Suchverhalten von 15.361 Personen ausgewertet, die im Herbst 2006 ALG II erhalten hatten. Nicht in die Studie einbezogen wurden Personen unter 18 und über 58 Jahren, da bei diesen aufgrund eines Schulbesuchs oder des Übergangs in eine Rente nicht in allen Fällen von einer aktiven Stellensuche ausgegan-

gen werden kann. Die Analyse berücksichtigt nur, dass eine Leistung gekürzt wurde, aber nicht das Ausmaß der Kürzung. Die Modellrechnungen des ZEW zeigen, dass Sanktionen und insbesondere ein Strategiewechsel der Jobcenter von einer milden zu einer intensiven Sanktionsstrategie tatsächlich Wirkungen auf Leistungsempfänger haben. Für Personen, die nicht mit den Jobcentern kooperieren, jedoch in Jobcentern mit einer intensiven Sanktionsstrategie konfrontiert sind, ist die Wahrscheinlichkeit, eine sozialversicherungspflichtige

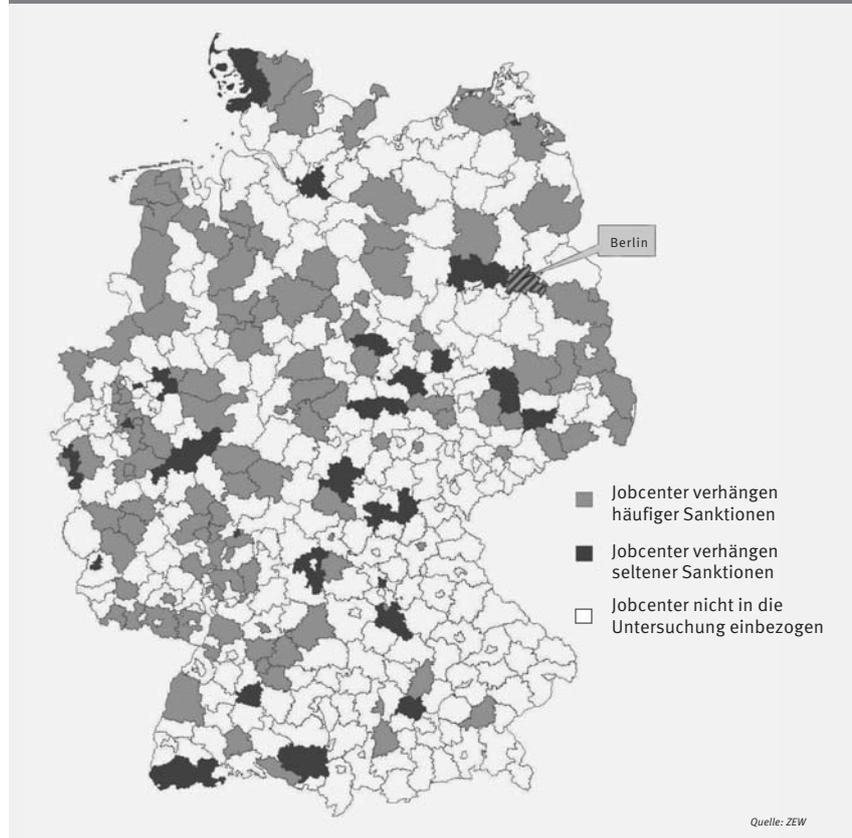
Beschäftigung zu finden, etwa vier Monate nach der Leistungskürzung signifikant höher als im Falle ohne Leistungskürzung aufgrund einer milden Sanktionsstrategie. Nach acht Monaten beträgt der Anstieg der Beschäftigungswahrscheinlichkeit der Sanktionierten bereits mehr als 50 Prozentpunkte.

Effektive Aktivierung

Die Ergebnisse machen deutlich, dass Sanktionen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zu einer effektiveren Aktivierung der Leistungsempfänger beitragen und den Abgang der Hilfsbedürftigen in die Beschäftigung beschleunigen können.

Thomas Walter, walter@zew.de
Bernhard Boockmann
Stephan L. Thomsen

Variierende Sanktionsstrategien der Jobcenter in Deutschland



FORSCHUNGSERGEBNISSE

Ältere umgingen Verkürzung der Arbeitslosengeld-Bezugsdauer

In den drei Monaten, bevor die Verkürzung der maximalen Bezugsdauer des Arbeitslosengelds für Ältere im Februar 2006 in Kraft trat, stiegen bei den Betroffenen die Zugänge in Arbeitslosigkeit zum Teil auf das Doppelte an. Das zeigt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und der Universität Nottingham.



Vor der Reform stieg die Anzahl der arbeitslosen Älteren stark an.

Im Februar 2006 wurde die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengelds für Ältere von bis zu 32 Monaten auf 18 Monate verkürzt. Die Änderung betraf alle Arbeitnehmer, die nach dem 31. Januar 2006 arbeitslos wurden und mindestens 45 Jahre alt waren. Die Studie (ZEW Discussion Paper Nr. 09-079) zeigt, dass in der betroffenen Altersgruppe die Anzahl der Arbeitslosen in den drei Monaten vor der Reform deutlich anstieg. Bei den 57- bis 64jährigen stieg die Anzahl der Neuzugänge in die Arbeitslosigkeit sogar um 120 Prozent.

Im Nachreform-Zeitraum bis zum Ende des Jahres 2007 wurden Ältere wieder seltener arbeitslos. Die Wahrscheinlichkeit war bei den 57- bis 64jährigen dann 20 Prozent geringer. Die positive Entwicklung der Konjunktur in den Jahren 2006 und 2007 ist dabei bereits herausgerechnet.

Ein beträchtlicher Teil der geringeren Anzahl an Arbeitslosmeldungen Älterer im Nachreform-Zeitraum dürfte vermutlich darauf zurückzuführen sein,

dass Kündigungen in die Monate vor der Reform vorgezogen wurden.

Da der Gesetzgeber die Bezugshöchst dauern bereits Anfang des Jahres 2008 teilweise wieder verlängerte, lässt sich der exakte langfristige Effekt der Reform aber nicht eindeutig identifizieren.

Im Vergleich zum Vorreform-Zeitraum hätte die Bundesagentur für Arbeit alleine durch die kürzere Bezugsdauer jährlich mehr als 3,5 Milliarden Euro gespart – wenn die Reform nicht 2008 teilweise wieder zurückgenommen worden wäre. In dieser Rechnung nicht berücksichtigt sind allerdings die Mehrkosten, die in Folge der Reform an anderer Stelle entstanden wären, zum Beispiel beim Arbeitslosengeld II. Bis zu eine weitere halbe Milliarde Euro jährlich hätte die Bundesagentur für Arbeit eingespart, wenn die Neuregelung auf Dauer zu weniger Kündigungen von Älteren geführt hätte. Auf Grund der zu kurzen Zeitspanne zwischen Reform und erneuter Änderung der Bezugsdauern kann der Umfang dieses Effekts leider nicht sicher bestimmt werden.

Die vorliegende Studie macht deutlich, dass die 2006er Kürzung der Bezugshöchstdauern in Deutschland erhebliche Verhaltenseffekte auf die Übergänge in Arbeitslosigkeit hatte. Ob diese vor allem auf das Verhalten von Betrieben oder aber von Beschäftigten zurückzuführen sind, kann diese Analyse jedoch nicht beantworten.

Dr. Stephan Dlugosz, dlugosz@zew.de

ZEW INTERN

Michael Schröder habilitiert



PD Dr. Michael Schröder, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“, hat im Dezember 2009 von der Universität Stuttgart die Lehrbefugnis für das Fach Betriebswirtschaftslehre erhalten. Seine Habilitationsschrift hat das Thema „Die Eignung nachhaltiger Kapitalanlagen für die Vermögensverwaltung von Stiftungen“. Darin untersucht er verschiedene Anlagestrategien und bewertet diese in Bezug auf die für gemeinnützige Stiftungen typischen Rahmenbedingungen. Ferner überprüft die Arbeit, wie sich die Ausschüttungshöhen bei verschiedenen Portfoliostrukturen unterscheiden. Einen Schwerpunkt stellt die Analyse nachhaltiger Kapitalanlagen dar.

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Geplantes Betreuungsgeld für Mütter führt zu hohen Mitnahmeeffekten

Das geplante staatliche Betreuungsgeld für Mütter, die ihre Kleinkinder zu Hause erziehen, verursacht vor allem Mitnahmeeffekte. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim. In ihr wurden im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen die Kosten des Betreuungsgeldes und dessen Auswirkungen auf die Einkommenssituation und das Arbeitsangebot der Eltern untersucht.

Die Bundesregierung muss bis zum Jahr 2013 für jedes dritte Kleinkind einen Krippenplatz anbieten. Eltern, die keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen, sondern ihr ein- bis dreijähriges Kind vollständig zu Hause erziehen, sollen dafür ein Betreuungsgeld von 150 Euro monatlich erhalten.

Die Studie zeigt, dass sich die meisten Mütter mit Betreuungsgeld genauso verhalten wie ohne. Mütter in Deutschland haben eine relativ starke Neigung, ihre Kleinkinder zu Hause zu betreuen. Auch nach dem geplanten Ausbau der Betreuungseinrichtungen werden daher nur relativ wenige Mütter eine Arbeit

beginnen. Da die Betreuung durch die Mutter die Norm ist, sind vom Betreuungsgeld vor allem Mitnahmeeffekte zu erwarten.

Die Studie prognostiziert, dass die Einführung eines Betreuungsgeldes den Staat zwischen 1,4 und 1,9 Milliarden Euro im Jahr kostet. Ein Gutteil des Geldes fließt an Migrantenfamilien, Familien mit niedrigen Einkommen und Eltern mit niedriger Qualifikation. Für diese Gruppen schafft das Betreuungsgeld Anreize, auf die neu geschaffenen institutionellen Betreuungsmöglichkeiten zu verzichten. Es blieben dann gerade die Kinder Be-

treuungseinrichtungen fern, die von Kinderkrippen und ähnlichen Einrichtungen am stärksten profitieren könnten. Die Einführung eines Betreuungsgeldes könnte demnach die für richtig erkannte, frühe institutionelle Förderung für Kinder aus bildungsfernen Familien gefährden.

Negativ wirkt sich das Betreuungsgeld auf die Arbeitsmarktpartizipation der Frauen aus. Annähernd jede zweite Frau, die in Teilzeit beschäftigt ist, wäre bereit, ihren Beruf aufzugeben, um sich ausschließlich der Kindererziehung zu widmen. Für hochqualifizierte Mütter gehen vom Betreuungsgeld dagegen kaum Anreize aus, zu Hause zu bleiben, da die Einkommenseinbußen bei eigener Kinderbetreuung deutlich höher ausfallen als 150 Euro im Monat.

Die Studie im Internet unter:
www.zew.de/publikation5687

Dr. Holger Bonin, bonin@zew.de

ZEW INTERN

Asiatische Finanzexperten absolvierten Intensivtraining am ZEW

Eine Gruppe von Nachwuchsführungskräften aus chinesischen und vietnamesischen Finanzministerien und Zentralbanken hat ihr makroökonomi-

sches Intensivtraining am ZEW erfolgreich beendet. Zehn Wochen lang wurden den 16 Finanzexperten im Weiterbildungsbereich des ZEW vertiefende

Kenntnisse in Geld- und Fiskalpolitik, zur Funktionsweise und Stabilität des internationalen Finanzsystems, zu internationalen Handels- und Kapitalverflechtungen sowie zu Entwicklungsstrategien von Entwicklungs- und Schwellenländern vermittelt.

Die Kurse am ZEW sind Teil des Trainingsprogramms "Strengthening Macroeconomic Policies", das InWEnt, ein weltweit tätiges Unternehmen für Personalentwicklung, Weiterbildung und Dialog, im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ), organisiert. Das Trainingsprogramm läuft über drei Jahre und wird weitere internationale Führungskräfte zur Fortbildung ans ZEW führen.



Die Geschäftsführung des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz und Thomas Kohl, übergibt mit Ina Jurasin (rechts), InWEnt gGmbH, die Weiterbildungszertifikate an die Teilnehmer des Intensivtrainings.

Nachgefragt: Sind die deutschen Autobauer für die Zukunft gerüstet?

Die Autoindustrie wird künftig auf regionale Lösungen setzen

2009 war für die weltweite Automobilindustrie ein Krisenjahr. Viele Hersteller kämpften um ihr Überleben, staatliche Rettungspakete mussten geschürt, verlustreiche Marken aufgegeben und Abwrackprämien gegen den dramatischen Absatzrückgang aufgelegt werden. Mit welchen Strategien sich speziell die deutschen Autobauer für die Zukunft wappnen, erläutert Dr. Christian Rammer, stellvertretender Leiter des Forschungsbereichs Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung am ZEW.

Weltweit ordnet sich die Automobilindustrie neu. Gehören die deutschen Autobauer zu den Gewinnern oder zu den Verlierern dieser Neuordnung?

Für die nächsten Jahre sind die drei großen deutschen Autokonzerne – VW, Daimler und BMW – gut aufgestellt. Mit ihren Marken Mercedes, Audi und BMW sind die Hersteller im Premiumsegment weltweit führend und genießen eine hohe Reputation. Dieser Reputationsvorsprung konnte bislang von keinem anderen Autobauer eingeholt werden. So konnte selbst Toyota mit dem Lexus trotz hoher technologischer Ansprüche und intensiven Marketings nur geringe Marktanteile erringen. Das Premiumsegment verspricht auch mittelfristig überdurchschnittliche Wachstumsraten. Denn mit steigenden Einkommen wächst die Nachfrage nach prestigeträchtigen und hochwertig ausgestatteten Fahrzeugen überproportional. Ich erwarte daher mittelfristig für die deutschen Premiumhersteller eine positive Entwicklung.

Vor welchen Herausforderungen steht die Autoindustrie in den nächsten Jahren?

Eine große Herausforderung für alle Autohersteller besteht darin, die hohen Qualitätsstandards moderner Autos mit einer deutlichen Verringerung des Energieverbrauchs und damit der Umweltbelastung zu kombinieren. Dies bedeutet letztlich kleinere Fahrzeuge, die dieselben Komfort- und Sicherheitsansprüche erfüllen. Gerade für die Premiumhersteller stellt dies eine enorme

Anforderung dar, die weit über die Frage von Antriebs- und Materialtechnologien hinausgeht. Hier sind gänzlich neue Fahrzeugkonzepte notwendig. Die Kopplung von Qualität und Leistungsfähigkeit eines Fahrzeugs mit der Motorisierung muss gelöst werden. All das erfordert nicht nur sehr große Anstrengungen bei Forschung und Entwicklung, sondern auch neue Marketingansätze.

Eine zweite große Herausforderung ist die Anpassung der Modellpalette an die neuen Märkte in China, Indien oder Lateinamerika. Klima, Infrastruktur und Mobilitätsverhalten sind dort deutlich anders als in den Industrieländern. Außerdem sind die Durchschnittseinkommen erheblich niedriger. Dies bedeutet, dass neue Fahrzeugtypen entwickelt werden müssen, die kosteneffizient produziert werden können und an die lokalen Anforderungen an-

gepasst sind. Dies legt nahe, die Produktion und die Entwicklung in den neuen Märkten anzusiedeln. Dies bedeutet, dass mittelfristig sowohl Produktionszahlen wie FuE-Ausgaben in den neuen Märkten stark wachsen werden. Für die bisherigen Hauptproduktionsstandorte in Westeuropa, Nordamerika und Japan ist zu erwarten, dass die Produktionszahlen wohl nicht mehr über das Niveau hinausgehen werden, das zum Ende des vergangenen Booms, das heißt Mitte des Jahres 2008, erreicht worden war.

Wie sollten die Autobauer mit den in den Jahren 2006 bis 2008 aufgebauten hohen Überkapazitäten umgehen?

Eine Verringerung der Fertigungskapazitäten an den Hauptproduktionsstandorten ist angesichts der stark gefallen Auslastung unvermeidbar. Dies muss aber nicht die Schließung ganzer Fabriken bedeuten. Neben der flexiblen Nutzung von Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen wird es auch darum gehen, Produktionskapazitäten temporär stillzulegen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass diese bei anziehender Nachfrage kurzfristig wieder zur Verfügung stehen.



Foto: ZEW

Dr. Christian Rammer ist stellvertretender Leiter des Forschungsbereichs Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung am ZEW. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Innovationsökonomik und der Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Rammer leitet die jährliche Innovationserhebung des ZEW (Mannheimer Innovationspanel) und erstellt die ZEW-Beiträge zu den Themen Innovation und Gründungen für den jährlichen Bericht der „Expertenkommission Forschung und Innovation“ der Bundesregierung. Neben seinem Engagement in verschiedenen wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften berät Rammer unter anderem die Europäische Kommission zu Fragen der Innovationspolitik.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE



Die Autohersteller kämpfen mit gesättigten Märkten in Europa, Nordamerika und Japan.

Auf welche Strategien setzen die deutschen Autobauer, um sich gegenüber alten Schwergewichten wie etwa Toyota oder Ford und gegenüber neuer Konkurrenz – vornehmlich aus China und Indien – durchzusetzen?

Zuallerst müssen sie den Rückstand bei umweltfreundlichen und energiesparenden Antriebstechnologien aufholen. Diese Hausaufgabe ist den deutschen Autoherstellern bekannt. Folglich investieren sie trotz ver-

schlechterter Finanzlage weiterhin in steigendem Umfang in die Entwicklung neuer Technologien.

Eine darüber hinausgehende strategische Antwort könnte sein, vermehrt Fahrzeuge zu entwickeln, die stärker nach den unterschiedlichen regionalen Marktgegebenheiten differenziert sind. Damit könnten die Hersteller schneller auf Marktänderungen reagieren und die Marktpotenziale in einzelnen Regionen besser nutzen. Dies würde jedoch große Umstellungen in Entwicklung und Produktion bedeuten. Denn bisher versorgen die deutschen Autohersteller den Weltmarkt noch überwiegend von ihren europäischen Produktionsstandorten aus. Erforderlich wäre eine kluge Kombination von Plattformtechnologien mit einem dezentralen technischen Design und die Kooperation mit Herstellern aus den einzelnen Hauptabsatzregionen.

*Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de
Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de*

Leben mit dem Klimawandel

Der UN-Klimagipfel in Kopenhagen hat deutlich gemacht, wie schwer weltweit bindende CO₂-Vermeidungsziele zu erreichen sind. Umso wichtiger wird die Anpassung an den Klimawandel, der bereits heute nicht mehr zu vermeiden ist. Doch wie sollte sich Deutschland auf den Klimawandel vorbereiten? Und wann sollte der Staat in den Anpassungsprozess eingreifen?

Es ist unstrittig, dass die negativen Folgen des Klimawandels in den Entwicklungsländern besonders spürbar sein werden. Doch steigen die Temperaturen, verschieben sich Niederschläge vom Sommer in den Winter und extreme Wetterlagen verursachen nach den Projektionen mancher Klimaforscher auch hier Überflutungen und Trockenperioden. Daher hat die Bundesregierung eine Strategie zur Anpassung an den Klimawandel vorgelegt. Ihr erklärtes Ziel ist „der Erhalt und die Steigerung der Anpassungsfähigkeit natürlicher, gesellschaftlicher und ökonomischer Systeme“.

Für Ökonomen stellt sich die Frage, in welchen Fällen der Staat überhaupt in die Anpassungsprozesse der Wirtschaft und der Privathaushalte eingreifen sollte. In vielen Fällen ist dieser Eingriff überhaupt nicht nötig – die Wirtschaftsakteure passen sich an ein geändertes Klima an (autonome Anpassung). Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Landwirte ihre Aussaat- oder Erntezeiten ändern oder neue Sorten anpflanzen. Andere Anpassungsmaßnahmen (kollektive Anpassung) verlangen nach staatlichen Eingriffen.

Als wichtigste Begründung für eine kollektive Anpassung durch den Staat

gilt die Bereitstellung öffentlicher Güter. Ein Beispiel dafür ist der Küstenschutz. Der Anstieg des Meeresspiegels macht in einigen Gebieten eine Verstärkung der Deiche nötig. Märkte versagen bei der Bereitstellung von Deichen, daher ist ein Staatseingriff hier notwendig.

Konsequente Informationspolitik

In vielen Fällen soll der Staat durch die Bereitstellung von Informationen eine autonome Anpassung erst ermöglichen. Das Wissen über erwartete Klimaentwicklungen ist essentiell für die Entscheidungen der privaten Akteure wie zum Beispiel Landwirte, Wohnungseigentümer und Kraftwerksbetreiber. Diese Informationen könnten etwa genutzt werden, um eine Versicherung abzuschließen, wie etwa eine Ernteertragsversicherung oder eine Elemen-

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE



Häufigere Ernteschäden gelten als Folge des Klimawandels.

tarschadensversicherung. Eine konsequente Informationspolitik würde den Staatshaushalt entlasten, da im Falle von schweren Fluten oder Dürreperioden staatliche Hilfszahlungen mehr als bisher durch private Vorsorge ersetzt werden könnten.

Konflikte vorgezeichnet

Gerechtigkeitsaspekte können bei der staatlichen Anpassung an den Klimawandel ebenfalls eine Rolle spielen, wie ein Beispiel aus dem Bereich Küstenschutz zeigt: Werden Deichbaumaßnahmen unter Effizienzgesichtspunkten geplant und durchgeführt, kann die Preisgabe von besiedeltem Land erforderlich sein, wenn die Kosten des Schutzes zu hoch ausfallen. In diesem Fall sind juristische Konflikte sehr

wahrscheinlich, da die betroffenen Bewohner aus Gründen der Gleichbehandlung den Schutz vor Sturmfluten einklagen werden. Der Gesetzgeber wird hier um eine grundsätzliche Festlegung und Begrenzung von Schutzansprüchen nicht herumkommen.

Energie, Nahrungsmittel und Trinkwasser sind lebensnotwendig. Jedoch gehören die entsprechenden Wirtschaftssektoren zu den anfälligsten bezüglich des Klimawandels. Selbst wenn bei diesen privaten Gütern kein Marktversagen vorliegen sollte, greift der Staat doch in das Marktgeschehen ein, um eine sichere Versorgung für alle Bürger zu gewährleisten. Dies liegt an den enormen negativen Folgen für Wirtschaft und persönliches Wohlergehen, sollte eines dieser Güter über einen längeren Zeitraum nicht für alle Bürger

zur Verfügung stehen. Beispielsweise zeigen Klimamodelle für Ostdeutschland einen deutlichen Rückgang der sommerlichen Niederschläge. Sollte es hier infolge lang anhaltender Trockenperioden zu Engpässen bei der Trinkwasserversorgung kommen, ist ein staatliches Eingreifen zu erwarten, etwa in Form von Investitionen in Infrastruktur oder durch Setzen von Höchstpreisen.

Der Klimawandel wirft neues Licht auf alte Fragen der Versorgungssicherheit: Welche Güter sind so elementar, dass staatliche Intervention die Versorgungssicherheit gewährleisten sollte? Was ist ein akzeptables Niveau an Versorgungssicherheit, zum Beispiel im Falle von Trinkwasser? Staatliche Anpassungspolitik wird Antworten auf diese Fragen finden müssen.

Deutsche Anpassungsstrategie

Die Bundesregierung hat die Anpassung an den Klimawandel als staatliche Aufgabe erkannt. Allerdings fehlt bisher eine klare Abgrenzung von staatlichem und privatem Handeln. Viele der oben gestellten Fragen werden nicht thematisiert oder beantwortet. Die Politik braucht ein ökonomisches Gesamtkonzept, das die Grundregeln für staatliche Anpassung festlegt und die richtigen Anreize für die nötigen privaten Anpassungsmaßnahmen setzt.

Daniel Osberghaus, osberghaus@zew.de

ZEW INTERN



Foto: Thomas Koehler/photothek.net

Dieter Hundt erhält Ehrentitel „Professor“

Dr. Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), wurde im Januar 2010 mit dem Ehrentitel „Professor“ ausgezeichnet.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger würdigte Hundt als herausragende Persönlichkeit der

deutschen Wirtschaft. Nicht zuletzt als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des ZEW habe Hundt die wissenschaftliche Arbeit des Forschungsinstituts konstruktiv begleitet und zahlreiche Impulse für laufende und künftige Forschungsarbeiten gegeben, hob Oettinger hervor. Das ZEW gratuliert Prof. Dr. Hundt herzlich zu seiner neu erworbenen Auszeichnung.

KONFERENZEN

Wettbewerb auf den liberalisierten Endkundenmärkten für Strom und Gas

Seit 1998 können Haushaltskunden in Deutschland ihren Stromanbieter selbst auswählen, seit 2005 auch ihren Gaslieferanten. Dies soll zu mehr Wettbewerb und langfristig niedrigeren Preisen führen. Tatsächlich sind die Energiepreise im Laufe des Jahrzehnts jedoch stark gestiegen und nach wie vor beziehen 90 Prozent der Haushalte ihren Strom von ihrem Grundversorger – beim Gas liegt die Quote sogar bei über 95 Prozent. Warum entwickelt sich der Wettbewerb im Endkundenmarkt für Strom und Gas nur zögerlich?



Georg Erdmann, TU Berlin, während seines Vortrags beim GEE/ZEW Energiesymposium 2009.

Diese und andere energiewirtschaftlichen Fragen wurden im Rahmen eines Symposiums der Gesellschaft für Energiewissenschaft und Energiepolitik (GEE) und des Forschungsbereichs Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement Ende November 2009 am ZEW erörtert. In seinem Eröffnungsvortrag wies Andreas Löschel, Forschungs-

bereichsleiter Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement am ZEW, darauf hin, dass die Marktöffnung für Haushaltskunden kein notwendiger Bestandteil einer Energiemarktreform ist. So liberalisierte etwa Chile bereits in den 1980er Jahren den Elektrizitätsmarkt für Großkunden, hält aber bis heute an einer staatlichen Regulierung

der Stromversorgung von Haushaltskunden fest. Tim Mennel und Nikolas Wölfling, beide ZEW, suchten in ihrem Vortrag nach Indizien für überhöhte Preise in Endkundenmärkten. Sie zeigten auf, dass sich neben der Energieversorgung durch die Grundversorger ein Strom- und Gasmarkt für Wechselwillige zu etablieren beginnt. Dies bestätigte Peter Reese vom Verbraucherportal Verivox. In seinem Vortrag ging er unter anderem auf die Unterschiede verschiedener Regionen Deutschlands und auf die Profile wechselwilliger Kunden ein. Freilich bleibt die Neigung der Kunden, den Energieversorger zu wechseln, in Deutschland hinter der britischer Haushalte zurück. Dies machte der Vortrag von Phil Burns vom Londoner Beratungsunternehmen frontier economics deutlich.

Georg Erdmann von der TU Berlin, Vorsitzender der GEE, griff die von der Bundesregierung geplante Einführung des Smart Metering auf. Smart Metering bezeichnet die zeitgenaue Erfassung und Bepreisung des Strom- und Gasverbrauchs durch moderne Zähler. Die Bundesregierung verspricht sich von Smart Metering, dass die Stromversorgung technisch effizienter wird. Nach Einschätzung von Erdmann ist Smart Metering aus umweltpolitischen Gründen begrüßenswert. Jedoch sei diese Neuerung nicht mit dem Wettbewerb im Endkundenmarkt kompatibel. Die hohen Investitionskosten seien für eine flächendeckende Installation den Grundversorgern nicht zuzumuten. Demgegenüber verteidigte Kai Paulssen von der Bundesnetzagentur die Strategie seines Hauses, die auf eine schrittweise Einführung des Smart Meterings in den liberalisierten Märkten ohne zusätzliche Kosten für die Endkunden abzielt.

Die Reihe der GEE/ZEW-Symposien soll in diesem Jahr fortgesetzt werden.

Dr. Tim Mennel, mennel@zew.de

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Friedrich Heinemann, Tobias Hagen, Philipp Mohl, Steffen Osterloh und Mark O. Sellenthin

Die Zukunft der EU-Strukturpolitik

Die Kohäsionspolitik wird in die gegenwärtige Generalüberprüfung des EU-Finanzsystems einbezogen. Das Buch will dazu einen Beitrag leisten: Es untersucht, wo die Stärken und Schwächen des Systems liegen und welche Reformoptionen sich empfehlen. Ferner werden die budgetären Konsequenzen verschiedener Reformoptionen inklusive einer Fortschreibung des Status quo quantitativ durchleuchtet.

ZEW Wirtschaftsanalysen, Band 94, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2010, ISBN: 978-3-8329-5267-9

KONFERENZEN

Workshop zum Zusammenspiel von sozialer Software und Wissensbildung

Ein Workshop über das „Potenzial von Social Software für die Wissensbildung und den wirtschaftlichen Erfolg“ brachte Anfang November 2009 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Bereichen der Psychologie, Ökonomie, Pädagogik und Wirtschaftsinformatik am ZEW zusammen. Der Workshop wurde gemeinsam vom Institut für Wissensmedien in Tübingen (IWM) und vom ZEW organisiert.

Den Eröffnungsvortrag der Konferenz hielt Alessandro Acquisiti von der Carnegie Mellon University in Pittsburgh (Vereinigte Staaten). Er zeigte auf, dass Daten von Einzelpersonen in den Vereinigten Staaten, die im Onlinenetzwerk Facebook einsehbar sind, in Kombination mit einem mathematischen Verfahren missbraucht werden können, um auf die Sozialversicherungsnummer der Personen zu schließen. Diese Demonstration zeigte eindrucksvoll, wie unbeachtet veröffentlichte persönliche Daten im Internet zu einem Sicherheitsrisiko werden können. Für insgesamt 80 Pro-

zent der Fälle gelang es Acquisiti, mit dem dargestellten Verfahren die Sozialversicherungsnummer der Nutzer zu identifizieren. Der zweite Hauptvortrag von Tom Postmes von der Universität Groningen (Niederlande) und der University of Exeter (Vereinigtes Königreich) beleuchtete, wie es in Online-Netzwerken gelingt, soziale Identität zu schaffen. Anhand von Online-Experimenten konnte er zeigen, dass es in den verschiedenen Gruppen sozialer Netzwerke im Zeitverlauf eine Tendenz zu konvergierenden Einstellungen gibt. Der Angleichungsprozess zu einer be-

stimmten Norm hängt damit zusammen, dass eine Art „Wir-Gefühl“ – entsteht. Gewisse Manipulationen der Experimente konnten diesen Prozess beschleunigen. Beispielsweise ist es für das Entstehen der sozialen Identität förderlich, wenn sich die Gruppe vergleichend von einer anderen Gruppe abgrenzt. Die Vorträge der Nachwuchswissenschaftler befassten sich mit einem weiten Themenspektrum, das unter anderem die Forschungskoperation zwischen Unternehmensstandorten, den Einsatz von Blogs im Unterricht und die Effekte von Social Tagging – also der Verschlagwortung von Inhalten im Internet – auf die Wissensgenerierung umfasste.

Dr. Andrea Mühlenweg,
muehlenweg@zew.de

Dr. Marianne Saam, saam@zew.de

ZEW INTERN

Habilitationen und Promotionen am ZEW

Die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist dem ZEW ein großes Anliegen. Im vergangenen Jahr wurden zwei Habilitationen und zahlreiche Promotionen am ZEW abgeschlossen. Unser Dank geht an die Betreuer (Erstgutachter) der Arbeiten.

Habilitationen seit Januar 2009

Andreas Löschel, „Sustainability Impact Assessment with Computable General Equilibrium Models – Imperfect Competition, Technical Change and Model Linkages“, Prof. Udo Ebert, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Michael Schröder, „Die Eignung nachhaltiger Kapitalanlagen für die Vermögensverwaltung von Stiftungen“, Prof. Henry Schäfer, Universität Stuttgart.

Promotionen seit Januar 2009

Niels Anger, „Political Economy and Economic Impacts of Climate Policy“, Prof. Christoph Böhringer, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Johannes Gernandt, „Empirical Essays on Wages“, Prof. Wolfgang Franz, Universität Mannheim.

Diana Heger, „Entrepreneurship, Innovation and Competition: Empirical Evidence for Germany“, Prof. Kornelius Kraft, Technische Universität Dortmund.

Michael Overesch, „Besteuerung und Entscheidungen von grenzüberschreitend tätigen Unternehmen – Eine empirische Steuerwirkungsanalyse“, Prof. Ulrich Schreiber, Universität Mannheim.

Wojtek Piaskowski, „Pricing, Risk and Solvency Requirements: An Ana-

lysis of Investment Guarantees Embedded in Individual Pension Products – A Regime Switching Approach“, Prof. Peter Albrecht, Universität Mannheim.

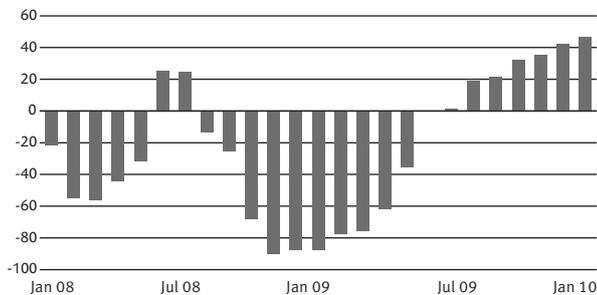
Timo Reister, „Steuerwirkungsanalysen unter Verwendung von unternehmensbezogenen Mikrosimulationsmodellen“, Prof. Christoph Spengel, Universität Mannheim.

Andreas Schrimpf, „Financial Markets and the Macroeconomy: Cross-Sectional Returns, Time-Variation of Risk Premia and Forecasting“, Prof. Joachim Grammig, Eberhard-Karls-Universität Tübingen.

Atilim Seymen, „Business Cycle Analysis with Structural Vector Autoregressions: Four Applications“, Prof. Bernd Lucke, Universität Hamburg.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Januar 2010

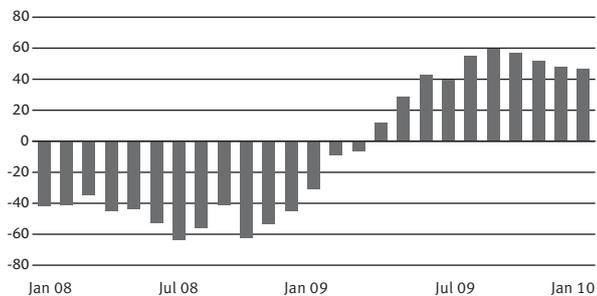


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Zunehmende Normalisierung der Geldpolitik

Im Januar setzt sich der Erwartungstrend hin zu steigenden Zinsen fort. Der entsprechende Indikator steigt um 4,6 Punkte auf 46,9 Punkte. Es gibt einige Argumente, die für eine Normalisierung des makroökonomischen Umfeldes sprechen. So steigt die Inflationsrate an und das Wirtschaftswachstum stabilisiert sich. Das jährliche Wachstum der Geld- und Kreditmenge ist allerdings rückläufig. Die EZB hat folglich die Leitzinsen bei einem Prozent belassen und führt ihre zusätzlichen Liquiditätshilfen für die Banken weiter zurück.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



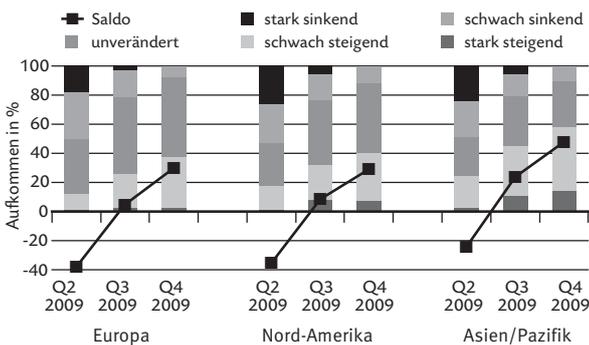
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Nur allmähliche Stabilisierung

Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum sind im Januar ein weiteres Mal gefallen. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten sinkt um 1,6 auf 46,4 Punkte. Damit signalisiert der Indikator, dass sich die Wirtschaft im Euroraum aus der Talsohle herausarbeitet, wenn auch in einem langsamen Tempo. Positive Signale gingen von der Industrieproduktion aus. Ein Minus von 2,2 Prozent gegenüber dem Vormonat bei den Auftragseingängen lässt auf eine verhaltene Wachstumsdynamik in den kommenden Monaten schließen.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Steigendes Transportaufkommen vor allem bei der Seefracht

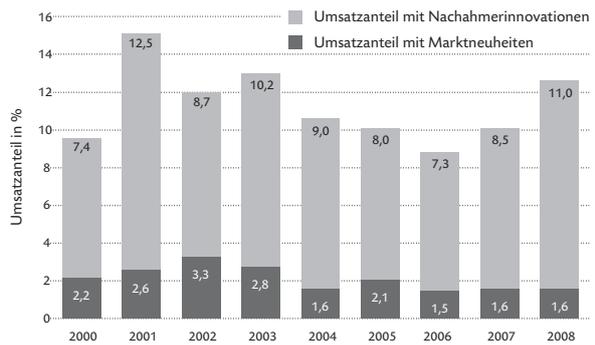


Quelle: ZEW

Die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW sind für die Entwicklung des Transportaufkommens im nächsten halben Jahr zuversichtlich. Die Umfrage im vierten Quartal 2009 zeigt, dass neben der Luftfracht in der Seeschifffahrt der stärkste Optimismus anzutreffen ist. Vor allem beim interkontinentalen Seeverkehr halten die Experten Zuwächse für realistisch. Auf der Nordatlantikkroute erwarten 40 Prozent einen Anstieg, auf der Asien-/Pazifikroute sogar 58 Prozent. Die Mehrheit geht davon aus, dass mit den Mengen auch die Preise für Seefracht im ersten Halbjahr 2010 steigen.

Martin Achtnicht, achtnicht@zew.de

Nahrungsmittelindustrie: Höhere Umsätze mit neuen Produkten



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Hersteller von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren konnten im Jahr 2008 dank der erfolgreichen Platzierung neuer Produkte ihre Umsätze ausweiten. 12,6 Prozent des Branchenumsatzes gingen auf Produktinnovationen zurück, also auf Produkte, die jünger als 3 Jahre sind. 2007 waren dies 10,1 Prozent. Der Umsatz mit Neuheiten konnte um 5,5 Milliarden auf 23,3 Milliarden Euro gesteigert werden. Über zwei Drittel des Umsatzzuwachses im Jahr 2008 gingen auf Neuheiten zurück. Während originäre Produktinnovationen 1,6 Prozent zum Branchenumsatz beisteuerten, machten Nachahmerinnovationen 11 Prozent aus.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Sparta

Heutzutage zehrt Griechenland vor allem vom Glanz der Antike. Die derzeitigen ökonomischen Gegebenheiten hingegen sind ein Desaster und gekennzeichnet von selbstverschuldeten Krisen in Kombination mit unredlichen Machenschaften gegenüber anderen Mitgliedern der Europäischen Währungsunion (EWU).

Bei den hausgemachten Problemen schlagen vor allem die ausufernde Steuerhinterziehung, die Aufblähung eines ineffizienten Staatssektors, großzügige soziale Wohltaten der Politik und eine zu expansive Lohnpolitik zu Buche. Als Folge belief sich die Neuverschuldung Griechenlands im Jahr 2009 auf mindestens 12 v.H. des Bruttoinlandsprodukts und die Schuldenstandsquote vermutlich auf rund 120 v.H. Ob diese Zahlen stimmen, steht auf einem anderen Blatt. Denn die Vortäuschung zu niedriger Defizitquoten durch Griechenland hat Methode. Auf der Grundlage korrekter Zahlen hätte Griechenland der Beitritt zur EWU verwehrt werden müssen. Die „Kreative Buchführung“ wurde danach fortgesetzt und hat dazu geführt, dass Griechenland praktisch Jahr für Jahr die Defizitgrenze des Maastricht-Vertrags verletzt hat, ohne auch nur in die Nähe von Sanktionen gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zu gelangen, unterstützt allerdings durch ineffiziente Mechanismen des Pakts.

Dürfen die anderen Länder des Euroraums helfen? Sollten sie dies überhaupt tun?

Die Antwort auf die erste Frage scheint auf den ersten Blick ein klares Nein zu sein. Denn Artikel 103 des EG-Vertrages schließt eine Haftung der Gemeinschaft für die Verbindlichkeiten anderer Staaten eindeutig aus, wohlgemerkt: eine Haftung. Das heißt wir müssen nicht helfen. Dürfen wir es? Unter bestimmten Voraussetzungen: Ja. Denn Artikel 100 enthält eine Regelung, nach der finanzieller Beistand geleistet werden kann, wenn ein Mitgliedsland „auf Grund außergewöhnlicher Ereignisse, die sich seiner Kontrolle entziehen,

von Schwierigkeiten betroffen oder von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht“ ist. Zwar sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Griechenlands in erster Linie hausgemacht, aber dass die aktuelle Zuspitzung eine Folge der weltweiten Finanzmarktkrise ist, für welche Griechenland nicht verantwortlich gemacht werden kann, wird man nicht völlig ausschließen können. Strapaziert man die Interpretationsspielräume genügend, wäre ein finanzieller Beistand mithin rechtlich möglich.

Sollen wir helfen oder nicht? Das hängt aus ökonomischer Sicht davon ab, wie hoch die Kosten beider Optionen veranschlagt werden. Bei einem finanziellen Beistand müssen die Steuerzahler in der EWU dafür aufkommen, dass Griechenland bewusst über seine Verhältnisse gelebt hat. Zudem besteht die Gefahr falscher Anreize hinsichtlich einer wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Disziplin für die EWU-Mitgliedsländer. Helfen wir nicht, könnte eine Kettenreaktion eintreten, weil Finanzinvestoren sich etwa von Staatsanleihen Portugals trennen könnten, das ebenfalls finanziell am Abgrund steht. Des Weiteren befinden sich griechische Staatsanleihen im Besitz zahlreicher Finanzinstitutionen außerhalb Griechenlands, sodass bei einem Staatsbankrott die bisher erreichte Stabilisierung des internationalen Bankensystems wieder gefährdet würde, möglicherweise mit horrenden Folgekosten. Alles in allem stehen wir also zähneknirschend vor der Wahl zwischen zwei Übeln.

Zunächst sollte das Ergebnis der scharfen Auflagen seitens der EU abgewartet und als Plan B eine Intervention des Internationalen Währungsfonds ins Blickfeld genommen werden. Gleichzeitig sollte für EWU-Mitglieder ein geordnetes Insolvenzverfahren gesetzlich verankert werden.

Die Griechen werden sich auf spartanische Tugenden einstellen müssen: streng, einfach und sparsam.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrmer, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2010